

GROSSER RAT

VORSTOSS

Interpellation Andreas Meier, Die Mitte, Klingnau, vom 9. November 2021 betreffend neuem Vertrag mit der AXPO.

Text und Begründung:

Im Kanton Zürich stellt sich die zuständige Kommission des Kantonsrates KEVU mit 9 zu 6 Stimmen gegen das neue Abkommen mit der AXPO. Sie befürchtet, dass die Stromversorgung in ausländischen Händen fallen könnte. Unser Nachbarkanton ist mit 36,752% der Aktien (Kanton und EW) der grösste Aktionär. Der Aargau hält gesamthaft 28%. Somit sind diese beiden Kantone mit 64.753% die bestimmenden Eigentümer.

Im letzten Jahr stimmte der Grosse Rat des Kanton Aargau in erster und in zweiter Lesung der Auflösung und dem neuen Abkommen zu. Er folgte sowohl der Regierung als auch der Mehrheit in der Kommission UBV mit 102:22 und 112:11 Stimmen deutlich. Die Bedingung und Forderung des Aargauer Grossen Rates sind, dass die Anteile der AXPO Holding AG an Netzen und Wasserkraft mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben müssen.

Die Gegner der Vorlage in der Zürcher Kommission KEVU stammen von der SVP, SP, Mitte und EVP, mit ihren 95 Sitzen, von 180, könnte die Vorlage der Zürcher Regierung also auch im Kantonsrat scheitern. In einem Kommissionsbericht hält die Zürcher Kommission fest, dass das Vertragswerk aus dem Jahr 1914 überholt sei und erneuert werden müsse. Mit der Vorlage des Regierungsrates werde aber nicht sichergestellt, dass die Wasserkraftwerke und die Stromnetze im Besitz der öffentlichen Schweizer Hand bleiben würden. Die Kommission befürchtet, dass die Stromversorgung in ausländische oder private Hände fallen könnte.

Wir bitten die Regierung um Einschätzung und Erläuterungen:

- 1) Teilt die Regierung die Befürchtung der Zürcher Kommission KEVU, dass Wasserkraft und Stromnetz nicht gesichert im Besitze der öffentlichen Hand bleiben?
- 2) Wiederholt sich die Geschichte - wie vor zwanzig Jahren, als alle Kantone ausser Zürich, für eine Vollprivatisierung der damaligen NOK waren? Hatte das Zürcher Parlament damals richtig entschieden? Hat sich die Strategie, Eigentum der öffentlichen Hand zu bleiben, in den letzten 20 Jahre bewährt?
- 3) Wird der Verantwortung von uns, als Co-Mehrheitseigentümer mit Zürich, durch die ungleichen Beschlüsse zu wenig Beachtung geschenkt?
- 4) Teilt die Regierung die Ansicht, dass die Eigentümerverantwortung durch die offensichtlich nicht koordiniert Debatte der beiden Parlamente von Zürich und Aargau ungenügend gepflegt wird? Wie könnte Exekutive und Legislative beider Kantone die Eigentümerverantwortung besser pflegen?